



## Antwort des Staatsrats auf einen parlamentarischen Vorstoss

Anfrage 2023-GC-76

### Konkurs der Credit Suisse und Übernahme durch die UBS mit der Unterstützung des Bundes

---

Urheber:	<b>Bonny David / Mauron Pierre</b>
Anzahl Mitunterzeichner/innen:	<b>0</b>
Einreichung:	<b>21.03.2023</b>
Begründung:	<b>21.03.2023</b>
Überweisung an den Staatsrat:	<b>21.03.2023</b>
Antwort des Staatsrats:	<b>16.05.2023</b>

---

#### I. Anfrage

Am Sonntagabend, den 19. März 2023, hat der Bundesrat um 19.30 Uhr bekanntgegeben, dass die UBS mit der Unterstützung und der Bürgschaft des Bundes die Credit Suisse übernimmt.

Abgesehen vom Ärger, den diese plötzliche Ankündigung verursacht, wenn man sich der Boni in Millionenhöhe bewusst ist, die die Verwaltungsratsmitglieder der Credit Suisse in all den Jahren kassierten, obwohl sie die Bank zugrunde gerichtet haben, stellt sich auch die Frage nach den finanziellen und personellen Folgen für unseren Kanton.

Im Kanton befinden sich mehrere Filialen der Credit Suisse und es ist bekannt, dass zahlreiche Angestellte ihre Stelle auf nationaler und internationaler Ebene verlieren werden. Wir sind ebenfalls besorgt, was die Sparerinnen und Sparer betrifft, insbesondere die Einzelpersonen und Familien sowie die Unternehmen, die mit der Credit Suisse in einem Vertragsverhältnis stehen.

Wir stellen daher folgende Fragen:

1. Wie viele Filialen der Credit Suisse gibt es im Kanton Freiburg?
2. Wie viele Personen arbeiten in diesen Filialen?
3. Wie viele Personen sind von einem Stellenabbau infolge dieser Konkurs-Übernahme bedroht?
4. Wird sich der Staatsrat gegenüber der UBS dafür einsetzen, dass Lösungen gefunden werden?
5. Müssen sich die Familien, Einzelpersonen und Unternehmen, die mit der Credit Suisse in einem Vertragsverhältnis stehen, Sorgen machen?
6. Sollte der Staat nicht verstärkt für die FKB als bevorzugte Bank der Freiburgerinnen und Freiburger werben, damit die Familien, Einzelpersonen und lokalen Unternehmen stets auf einen zuverlässigen Bankenpartner zählen können – fern dieser Finanzkolosse auf tönernen Füßen, die regelmässig konkursgefährdet sind?
7. Pfl egte der Staatsrat eine Geschäftsbeziehung zur Credit Suisse? Wenn ja, welche finanziellen Folgen sind zu befürchten?
8. Pfl egt der Staatsrat eine Geschäftsbeziehung zur UBS? Wenn ja, ist es jetzt nicht an der Zeit, nur noch mit der FKB statt auch noch mit der UBS zusammenzuarbeiten?

## II. Antwort des Staatsrats

Am 19. März 2023 hat die UBS der Übernahme der Credit Suisse mit der Unterstützung des Bundesrats zugestimmt. Ziel des Bundesrats war es, den Zusammenbruch der Credit Suisse, die mit grossen Liquiditätsproblemen konfrontiert war, und die Ansteckung des gesamten Finanzsystems durch diese Krise zu verhindern. Dies ist der Hintergrund, vor dem der Bund zwei Garantien gesprochen hat, um die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS zu gewährleisten und der Credit Suisse die Möglichkeit zu geben, während der Übergangsphase über die nötige Liquidität zu verfügen. Auf der einen Seite hat die UBS eine Garantie von 9 Milliarden als Gegenleistung für die rechtlichen und finanziellen Risiken erhalten, die sie mit dem Kauf der Credit-Suisse-Vermögenswerte eingeht. Auf der anderen Seite hat die Credit Suisse von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) eine Liquiditätsgarantie in der Höhe von 100 Milliarden Franken erhalten, damit sie ihre kurzfristigen Verpflichtungen bedienen kann. Davor hat die SNB noch Liquiditätshilfedarlehen im Umfang von 150 Milliarden Franken vergeben. Diese Darlehen wurden ohne Bundesunterstützung aber mit den Vermögenswerten der CS als Sicherheiten gewährt.

Aufgrund der Präsenz der UBS und der Credit Suisse im Kanton Freiburg und ihren Geschäftsbeziehungen mit Freiburger Haushalten und Unternehmen können sich die oben zusammengefassten Ereignisse auf den Kanton auswirken. Der Staatsrat beantwortet deshalb die Fragen der Grossräte David Bony und Pierre Mauron wie folgt:

1. *Wie viele Filialen der Credit Suisse gibt es im Kanton Freiburg?*

Zurzeit gibt es eine Filiale der Credit Suisse in Freiburg (Sitz) und eine in Bulle.

2. *Wie viele Personen arbeiten in diesen Filialen?*

40 Personen arbeiten zurzeit in der Filiale von Freiburg und 12 in jener von Bulle.

3. *Wie viele Personen sind von einem Stellenabbau infolge dieser Konkurs-Übernahme bedroht?*

Der Staatsrat steht in engem Kontakt mit der Leitung der Credit-Suisse- und UBS-Filialen auf dem Kantonsgebiet. Bis jetzt verfügt der Staatsrat über keine Informationen zur Umstrukturierung der neuen UBS im Kanton Freiburg. Mit der Leitung der betroffenen Filialen ist im Juni 2023 ein Treffen über den Stand der Lage geplant.

4. *Wird sich der Staatsrat gegenüber der UBS dafür einsetzen, dass Lösungen gefunden werden?*

Es wird auf die Antwort auf die 3. Frage verwiesen.

5. *Müssen sich die Familien, Einzelpersonen und Unternehmen, die mit der Credit Suisse in einem Vertragsverhältnis stehen, Sorgen machen?*

Die Garantien, die der Bund der Credit Suisse am 19. März 2023 geleistet hat, und die Übernahme der Bank durch die UBS sorgen dafür, dass die Credit Suisse keinen Liquiditätsengpass verzeichnet. Folglich können die betroffenen Unternehmen und Haushalte ohne besonderes Risiko ihre Geschäftsbeziehungen mit der Bank aufrechterhalten.

6. *Sollte der Staat nicht noch mehr für die FKB als bevorzugte Bank für die Freiburgerinnen und Freiburger werben, damit die Familien, Einzelpersonen und lokalen Unternehmen stets auf einen zuverlässigen Bankenpartner zählen können - fern dieser Finanzkolosse auf tönernen Füßen, die regelmässig konkursgefährdet sind?*

Die Freiburger Kantonalbank ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, deren Aktienkapital von 70 Millionen Franken vollständig vom Staat Freiburg gehalten wird. Der Staat Freiburg haftet für die gesamten finanziellen Verbindlichkeiten der Bank gemäss Artikel 3 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes über die Freiburger Kantonalbank (FKBG; SGF 961.1). Er mischt sich aber nicht in die operativen Geschäfte der Bank oder ihre Kommunikations- und Marketingpolitik ein, mit der sie für ihre Dienstleistungen wirbt. Der Staatsrat hat im Übrigen auch nicht die Absicht, sich in den Wettbewerb im Freiburger Bankensektor einzumischen, der aufgrund der Wirtschaftsgeschichte und der Wirtschaftsstruktur des Kantons eine überschaubare Zahl von Akteuren aufweist.

7. *Pflegte der Staatsrat eine Geschäftsbeziehung zur Credit Suisse? Wenn ja, welche finanziellen Folgen sind zu befürchten?*

Auf Ebene der Staatsbilanz hat der Staat zwei Festgeldanlagen bei der Credit Suisse. Die eine beläuft sich auf 25 Millionen Franken, deren Rückzahlung am 26. Juni 2023 fällig ist, und die andere beträgt 50 Millionen Franken und wird am 13. Mai 2024 das Ende ihrer Laufzeit erreichen. Aufgrund der Konditionen und Garantien in Verbindung mit der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS hält der Staatsrat diese beiden Finanzinstrumente für risikolos. Der Staat hält zudem ein klassisches Kontokorrent bei der Credit Suisse für die Verwaltung der Transaktionen in Verbindung mit den erwähnten Festgeldanlagen. Auf dem Konto befanden sich am 31. Dezember 2022 etwas mehr als 476 000 Franken. Auch für dieses Vermögen wird mit keinem besonderen Finanzrisiko für den Staat gerechnet.

8. *Pflegt der Staatsrat eine Geschäftsbeziehung zur UBS? Wenn ja, ist es jetzt nicht an der Zeit, nur noch mit der FKB statt auch noch mit der UBS zusammenzuarbeiten?*

Der Staat Freiburg arbeitet schon heute fast ausschliesslich mit der Freiburger Kantonalbank für seine alltäglichen Transaktionen wie auch für seine Anlage- oder Kreditgeschäfte zusammen. Der Staat pflegt ferner Geschäftsbeziehungen mit allen Freiburger Raiffeisenbanken für andere Festgeldanlagen sowie mit der PostFinance hauptsächlich für das Inkasso der Rechnungen und Steuern.

Was die Staatsbilanz vor der Übernahme der Credit Suisse durch die UBS betrifft, gab es eine Geschäftsbeziehung mit der UBS in Form eines klassischen Kontokorrents, auf dem sich am 31. Dezember 2022 rund hundert Franken befanden. Dieses Konto wird nicht aktiv genutzt. Durch das Konto bewahrt der Staat eine Beziehung zur Bank für ein allfälliges künftiges Finanzgeschäft mit ihr.

Der Staatsrat hält es für wichtig, mit den im Kanton tätigen Finanzinstituten zusammenzuarbeiten, die dem Staat für die üblichen Finanzdienstleistungen wie Finanztransaktionen, kurzfristige Kredite oder vorübergehende Geldanlagen vorteilhafte Konditionen bieten.